

14.09.2011 - 16:47 Uhr

Media Service: Neues EU-Gesetz kostet die Schweiz jährlich 2 Milliarden

Zürich (ots) -

Die Eidgenossenschaft verhandelt derzeit fieberhaft mit der EU über ein neues Energieabkommen, wie Recherchen der «Handelszeitung» bestätigen. Vor allem die Strombranche will das Vertragswerk unbedingt. Kommt es nicht zustande, könnte sie ihre lukrative Rolle als Stromhändlerin in Europa verlieren. Die EU will aber nur zustimmen, wenn Bern die strengen EU-Ziele zur Förderung der erneuerbaren Energien übernimmt. Die Schweiz müsste ihren Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch bis 2020 von 20 auf bis zu 32 Prozent erhöhen. Nun belegt eine im Auftrag des Bundesamtes für Energie -erstellte Studie, was das kosten würde. Jährlich würden Mehrkosten von 1,4 bis 2 Milliarden Franken entstehen. Zu tragen hätten sie vor allem die Haushalte. Sie müssten 255 bis 355 Franken im Jahr mehr bezahlen, etwa für teureres Benzin oder Heizöl. Gemäss Studie würden die ärmeren Haushalte prozentual stärker belastet als die reicheren. Mehrbelastungen kämen aber auch auf Firmen aus der Metall- und Holzbranche zu.

Kontakt:

Weitere Auskunft erhalten Sie unter der Nummer 043 444 59 00.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100009535/100703874> abgerufen werden.